

Antrag

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Helga Krismer-Huber, Mag.^a Silvia Moser, Mag. Georg Ecker, Dominic Hörlezeder

betreffend Neuverhandlung Gesundheitsplan 2040+

Der Gesundheitsplan 2040+ wurde einstimmig von der Landesregierung und mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP, FPÖ, SPÖ und NEOS im Landtag verabschiedet. Dieser beinhaltet sowohl die Veränderungen in der Krankenhaus-Landschaft als auch bei weiteren Stakeholdern wie dem niedergelassenen Bereich bis hin zur notärztlichen Versorgung.

Viele Menschen verstehen die Notwendigkeit der Änderungen nicht, weil sich niemand ausreichend bemüht hat, mit ihnen das Problem und die Hintergründe zu erörtern. Wer etwas nicht versteht, bekommt Angst. Und wenn es um die eigene Gesundheit geht, ist dies sehr berechtigt.

Die unzähligen Gruppen und Initiativen, die sich für den Erhalt bestehender Strukturen einsetzen sowie die einzelnen Berichte von Betroffenen bekräftigen die Ablehnung des Gesundheitsplans 2040+ von uns Grünen. Unsere Absage begründet sich vor allem darauf, dass es weder eine Kommunikationsstrategie noch einen Zeitplan für die Umsetzung vor dem Beschluss im Landtag gab und die Änderung der notärztlichen Versorgung besonders kritisch erschien.

Menschen in den betroffenen Regionen engagieren sich für die Erhaltung der Notarztstützpunkte, zum Beispiel in Retz und Waidhofen/Ybbs. Sie fürchten im Notfall lange Wartezeiten für die Patient:innen und die Notfallsanitäter:innen fühlen sich nicht ausreichend vorbereitet, im Notfall alleinige Verantwortung zu übernehmen.

Andere wehren sich gegen die Ausdünnung medizinischer Leistungen in ihren Landeskliniken. So bleibt zum Beispiel in Gmünd das Gefühl über, dass viel weggenommen aber kein adäquater Ersatz vor Ort angeboten wird.

In den peripheren Regionen Niederösterreichs machen unzumutbare Wartezeiten auf einen Krankentransport Schlagzeilen. Die Menschen verstehen nicht, warum sie nicht mit der vertrauten Rettungsorganisation transportiert werden, sondern mit einer, die aus der Zentralregion angereist kommt. Die Koordinierung der verschiedenen Rettungsorganisation scheint problematisch.

Die Landesregierung schweigt, Antworten auf Anfragen sind nicht aussagekräftig. Der Regionale Strukturplan Gesundheit 2030 (RSG 2030) wurde zwar beschlossen und in einer Pressekonferenz präsentiert, aber nicht veröffentlicht.

Ohne Gesundheit ist alles nichts. Und der Gesundheitsplan wird nichts, weil die Niederösterreicher:innen ihn nicht verstehen. Moderne Demokratie braucht

modernen Dialog zwischen Regierenden und der Bevölkerung. Da dies in dem gesamten Prozess unbeachtet blieb, ist es jetzt Zeit, einen Schritt zurückzumachen.

Wer das beste Gesundheitssystem 2040 in Niederösterreich haben möchte, braucht nicht nur die geeigneten Strukturen und das fachliche Personal dafür, sondern auch die Niederösterreicher:innen, die ihrem Gesundheitssystem vertrauen. Das Vertrauen zwischen Regierung und Bevölkerung ist gestört.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht,

1. die Sorgen und Ängste aus der niederösterreichischen Bevölkerung aufzugreifen, indem der Gesundheitsplan 2040+ kritisch neu bewertet wird und die Vorhaben und Maßnahmen auf einer eigenen Plattform erläutert werden.
2. die Akutversorgung in Gmünd zu gewährleisten und
3. ohne neue mehrjährige Ausbildung für Notarztsanitäter:innen und ausreichend neu ausgebildete Notfallsanitäter:innen die notärztliche Versorgung unverändert beizubehalten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem GESUNDHEITS-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.